

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 24.05.2018

Von Reinhard Lauterbach
25.05.2018

Great Game in Zentralasien

*Usbekischer Präsident Schawkat Mirsijojew von Trump empfangen.
Milliardeninvestitionen und Waffenkäufe vereinbart*



»In Usbekistan und darüber hinaus hoch angesehen«: Der usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew und US-Präsident Donald Trump im Oval Office (16. Mai, Washington)

Foto: Evan Vucci/REUTERS

Der 2016 ins Amt gekommene usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew sucht eine engere Zusammenarbeit seines Landes mit den USA. Letzte Woche war er zu einem offiziellen Besuch in Washington, wo er von Präsident Donald Trump und Außenminister

Michael Pompeo empfangen wurde. Trump würdigte seinen Gast als »in Usbekistan und darüber hinaus hoch angesehen«, der Gast revanchierte sich mit Glückwünschen zu Trumps erfolgreicher Steuerpolitik.

Doch hinter den inhaltsleeren Höflichkeiten stehen harte Interessen. Mirsijojew öffnet sein Land weiter für amerikanische Investitionen. Er schloss Verträge über fünf Milliarden US-Dollar mit amerikanischen Unternehmen ab und verfasste Absichtserklärungen über weitere drei Milliarden. Zu den Projekten gehört die Entwicklung von Rohstoffvorkommen sowie die Modernisierung eines Kraftwerks. Außerdem plant Mirsijojew umfangreiche Waffenkäufe in den USA. Es geht um Fernmeldeausrüstung, Flugabwehrraketen und militärisch nutzbare Drohnen. Schon seit 2014 statten die USA die usbekische Armee mit bisher gut 300 gepanzerten Fahrzeugen eines relativ neuen Typs aus.

Die USA ihrerseits sind daran interessiert, wieder einen Flughafen in Usbekistan in Betrieb zu nehmen, über den sie im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ihre Invasionstruppen in Afghanistan versorgt hatten. Mirsijojews Vorgänger Islam Karimow hatte den Nutzungsvertrag mit Washington gekündigt, nachdem die USA 2005 das harte Vorgehen seiner Sicherheitskräfte gegen einen Aufstand in der Stadt Andischan mit bis zu 1.500 Todesopfern kritisiert hatten. Aus demselben Grund treiben die USA auch den Weiterbau der Eisenbahnlinie von Usbekistan nach Afghanistan voran. Die Gleise reichen derzeit nur bis nach Masar-i-Scharif – wo die Bundeswehr ihr Expeditionskorps stationiert hat – und sollen über knapp 500 Kilometer bis nach Herat verlängert werden.

Entsprechend diesem langfristigen Interesse hat die Regierung Trump diesmal kein kritisches Wort über die Menschenrechtslage in Usbekistan verlauten lassen. Eine Beamtin des Weißen Hauses sagte dem Propagandasender *Radio Liberty*, Mirsijojews Besuch öffne ein »Fenster der Gelegenheit« für eine Rückkehr der USA nach Zentralasien, wie es sich »in dieser Region nicht oft bietet«. Sie legte Wert auf die Feststellung, die USA planten »keine Truppenstationierung am Boden« und stellten »keine Konkurrenz für Russland oder China« dar.

Usbekistan ist mit seinen gut 30 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste der ehemals sowjetischen Republiken Zentralasiens. Das Land hat unter dem ersten Präsidenten Islam Karimow eine Strategie der gleichen Distanz sowohl zu Russland als auch zu den USA verfolgt. Insbesondere ist Usbekistan aus dem »Vertrag über kollektive Sicherheit«, mit dem Russland die zentralasiatischen Staaten an sich zu binden sucht, schon 1999 ausgetreten. Andererseits ist das Land auf wirtschaftlicher Ebene von den

Überweisungen seiner Auswanderer abhängig, die in Russland arbeiten. Sollten diese von russischer Seite gezwungen werden, das Land wieder zu verlassen, würde dies auf usbekischer Seite die Arbeitslosigkeit erhöhen und damit ein Potential für politische Instabilität schaffen.

Unter anderem aus diesem Grund plant Usbekistan wohl, seine Arbeitskräfte auch Polen anzudienen. Wie die *Rzeczpospolita* diese Woche berichtete, war eine usbekische Delegation in zwei polnischen Regionen unterwegs, um über Einsatzoptionen für usbekische Landarbeiter zu verhandeln. Die polnische Seite erklärte ihr hohes Interesse, »usbekische Fachkräfte« für die »Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung« heranzuziehen. Die Agrarbranche klagt seit längerem, dass sie aus Arbeitskräftemangel gezwungen sei, die Löhne für Apfel- und Tomatenpflücker zu erhöhen. Die Anzahl Arbeitswilliger aus der Ukraine reiche nicht aus, um den Bedarf zu den von polnischen Unternehmen gezahlten Hungerlöhnen zu decken.